

## **Zusammenfassung Rede Michael Sommer auf der 3. Bezirkskonferenz DGB Hessen-Thüringen am 30.01.2010 in Bad Hersfeld**

Bad Hersfeld. „Wir müssen alle miteinander den Kampf gegen die Krise fortsetzen“, dazu rief DGB-Chef Michael Sommer auf der 3. DGB Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen auf. Gewerkschaften und Betriebsräte hätten schon viel geleistet, aber die Krise halte voraussichtlich noch einige Zeit an.

Sommer richtete sich entschieden gegen den Ausbau des Niedriglohnsektors, den die bisherigen Hartz IV Gesetze begünstigt hätten. „Inzwischen arbeiten 3 Millionen Menschen in Deutschland zu niedrigem Lohn. Auch das ist eine Folge der Hartz-Gesetze.“

Er werde prekäre Arbeitsbedingungen nicht hinnehmen, so Sommer weiter und sich für gerechte Löhne einsetzen: „Zu Würde des Menschen gehöre auch die Würde der Arbeit. Wir brauchen gerechte Löhne, von denen die Menschen leben können.“

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – das sei eine zentrale Forderung des DGB, so Sommer. Zum einen könne nicht hingenommen werden, dass Frauen in Deutschland immer noch 23 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Er sei den Frauen im DGB dankbar dafür, dass sie das Thema auf die Agenda gesetzt haben. Es müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das gelte auch für die Leiharbeit. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz müsse korrigiert werden, dafür setze sich der DGB ein. Auch werde der DGB-Bundeskongress im Mai seine bisherige Mindestlohnforderung von 7,50 Euro erhöhen.

Zur Würde der Arbeit gehörten auch würdige Arbeitsbedingungen. Bespitzelung von Mitarbeitern und Betriebsräten, die Entlassung von Beschäftigten und ihre Wiedereinstellung als Leiharbeiter – „was sich große Unternehmen wie Schlecker, Lidl und Co leisten, das ist unanständig“, kritisierte Sommer.

Entschieden verurteilte er auch die Klientel- und Gesundheitspolitik der FDP: „Wir können uns keinen armen Staat leisten und die Steuergeschenke der FDP aufkosten der Krankenversicherung. Die acht Euro, die Versicherte jetzt zusätzlich für die Krankenversicherung aufbringen sollen, sind für eine Friseurin viel Geld. Sie muss dafür 2 Stunden arbeiten.“

Der DGB werde weiter für einen solidarischen Staat und ein solidarisches Gesundheitssystem kämpfen und diese Auseinandersetzung gewinnen, schloss Sommer optimistisch.